

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

178 (4.8.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Reizungspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 30 1/2 Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Zustellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 1/2.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Kuisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die Restamegeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Internationaler Sozialistenkongress.

Genf, 3. Aug. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde der in Folge des Protestes der vollständig verammelten deutschen Delegation gegen die von der Kommission für die Verantwortungsfreiheit ausgearbeitete Resolution abgelehnt. Der Bericht der Kommission über die Verantwortungsfreiheit wurde abgelehnt, da die Haltung der deutschen Sozialisten vor dem Kriege weniger scharf getadelt wird. Außerdem wird in dem neuen Text festgestellt, daß es nicht bloß für die deutsche Sozialdemokratie, sondern für Deutschland keine ethisch-lohringende Frage mehr gibt. Diese so abgeänderte Resolution wurde vom Kongress nunmehr einstimmig und ohne Diskussion angenommen.

Aus der Stimmzuteilung der auf dem Kongress vertretenen Parteien ergibt sich u. a., daß England 30, Frankreich 3 und Deutschland 20 Stimmen hat. Hierauf beriet der Kongress über eine von der Kommission für den Völkerverbund vorgeschlagene Resolution. Der Berichterstatter, Lafontaine-Belgier, stellte dazu fest, daß leider nach dem Krieg der Militarismus noch nicht abgeschafft sei. Die Sozialdemokratie stehe vor zwei Möglichkeiten. Entweder, sie müsse darauf hinwirken, daß ein neuer Völkerverbund geschaffen werde, oder aber sie müsse versuchen, den bestehenden Völkerverbund mit ihrem Geiste zu durchdringen und ihn zu einem wirklich demokratischen Instrument des allgemeinen Friedens zu machen. Es gehe nicht an, daß alle Lasten auf ein Volk abgewälzt werden, das so wie am schwersten unter den Folgen des Krieges zu leiden habe. Die Sozialdemokratie werde versuchen, auf die nächste zum 15. November einberufene Völkerverbundversammlung bereits Einfluß in ihrem Sinne zu gewinnen. — Aus diesen Ausführungen ergibt sich zugleich, in welchem Sinn die Resolution in der Völkerverbundfrage abgelehnt sein wird.

Genf, 3. Aug. Auf der heutigen Vormittags-Sitzung des internationalen Sozialistenkongresses beschloß man sich mit der Frage des Völkerverbundes. Es sprachen hauptsächlich Delegierte der Kriegentralen Staaten, die den Friedensvertrag von Versailles und den Völkerverbund stark kritisierten und dafür eintraten, daß die Internationale ihren Einfluß in diesen beiden Richtungen geltend mache. Bernstein (Deutschland) unterstützte die Ausführungen. Es gab kein Verbotswort, weder ein deutsches, noch ein anderes, denn Fehler und Verbrechen seien bei allen Nationen begangen worden. Bernstein wurde Beifall zu teil, als er ausführte, daß der Vertrag von Versailles nicht nur das deutsche Volk schwer gedrückt habe, sondern auch eine ständige Beunruhigung für Europa sei. Deutschland wolle wirklich den Frieden und sei doch so wehrlos gemacht worden, daß es nicht einmal seine Grenzen im Osten schützen könne.

In der Resolution der Kommission für den Völkerverbund heißt es: Der internationale Sozialistenkongress stellt fest, daß der Vertrag von Versailles und die Sozialdemokratie, die ihm gefolgt sind, die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Verwirrung gelassen haben, der ein viel beunruhigender Zustand ist, als er vor dem Kriege, im Jahre 1914, war. Dieser Zustand führt zum Weiterbestehen oder zum Wachstum des Militarismus mit den Gefahren, die damit zusammenhängen. Der Friedensvertrag hat eine Organisation des Völkerverbundes geschaffen, die die arbeitenden Klassen im Interesse des Friedens nicht mit Gleichgültigkeit behandeln können, aber sie haben die Verpflichtung, das Ungenügende und Unvollständige dieses Völkerverbundes klar darzulegen, dessen verdamnungswürdige Bestimmung, die durch Artikel 12 des Vertrags erfolgte Anerkennung des Rechts auf Krieg ist.

Der Völkerverbund kann nur eine tatsächliche Sicherung des Friedens sein, wenn er zu einem internationalen demokratischen Organismus wird, zusammenschließend alle Völker ohne Ausnahme. Wenn er sich als solches erweist, der eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, die bereits vom Luzerner Kongress festgelegt wurden, und wenn er die Mittel der Kontrolle und der Sicherung hat, die ihm ermöglichen werden, durch die Schaffung einer internationalen Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Lande und zu Wasser durchzusetzen. Es genügt nicht, daß der Völkerverbund eine demokratische Verfassung hat. Zu wünschen ist die Anhebung seiner Befugnisse hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, der Transporthilfen und auch der finanziellen Interessen der Kriegsländer, die nicht bloß zum größten Teil zu Lasten der Sieger gehen können, die am meisten unter der Last des Krieges gelitten haben.

Der Völkerverbund wird, so verbessert und vervollständigt, das natürliche Werkzeug werden für die notwendige Umwandlung des Friedensvertrags von Versailles in einen gerechten und dauerhaften Frieden. Festhaltend an den Grundrissen der Wiedergutmachung, wird er eine geeignete Anwendung ermöglichen in der Art, daß den Völkern Europas die Mittel gegeben werden, sich in gemeinsamen Interessen der Welt wieder zu erholen. Er wird die Landesgrenzen, die durch den Friedensvertrag endgültig festgelegt worden sind, durch Grenzen ersetzen, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen.

Der Internationale Kongress fordert daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder auf, alle ihre Aufregungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtige Organisation des Völkerverbundes Eingang zu verschaffen und hätte auf diese Weise seine innere Zusammensetzung zu ändern und seine Befugnisse zu erweitern, um die Garantien zu schaffen für die Uebereinstimmung aller Völker, die gleichmäßig an der Erhaltung des Friedens interessiert sind.

Au einem so gesicherten Friedenszustand wird das ganze Völkerverbandgebiet befreit von dem Abdruck des Krieges und von der Gefahr der Rückfälle, seine Anstrengungen für seine vollständige Befreiung bis zum endgültigen Siege fortsetzen können.

Internationaler Bergarbeiterkongress.

Genf, 2. Aug. In der heutigen Nachmittags-Sitzung sprach der belgische Delegierte Dejaridin über den belgischen Statuentwurf. Durch die Umhüllung der ganzen Welt infolge des Krieges müsse auch ein neues Programm

entworfen werden. Neben der Forderung für Herabsetzung der Arbeitszeit und auf Sozialisierung müsse auch der Kampf gegen jede kriegerische Unternehmung erklärt werden. — In längerer Rede vertrat sich der deutsche Delegierte Wisnmann, Generalsekretär der deutschen Bergarbeiter, über den gleichen Gegenstand und sagte, Deutschland habe mit dem Militarismus aufgeräumt und es sei zu wünschen, daß die anderen Länder diesem Beispiel bald folgten. Was die Deportationen anbetreffe, so müsse er darauf verweisen, daß die deutschen Sozialisten alles getan hätten, um die deportierten Arbeiter in ihre Heimat zurückzuführen, daß sie aber durch die Militaristen gewaltsam daran gehindert worden seien. Der Vorwurf, daß die deutschen Sozialisten die Deportationen gebuldet hätten, sei durchaus unzutreffend. Das müßten auch die Belgier und die Franzosen wissen. Die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden müsse durch internationale Regelung angestrebt werden. — Mit der Statutenänderung sind auch die französischen Delegierten einverstanden, wie der Franzose Barthelemy betonte, doch dürfe diese Änderung nicht bis zum nächsten Kongress verschoben werden, wie Präsident Emille vorgeschlagen habe. — Die deutsche Delegation lehnt sich für die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden, da diese Frage nochmals eingehend in einer Kommission beraten werde. Die Frage, etwaige kriegerische Unternehmungen durch einen internationalen Generalfreistat von vornherein zum Scheitern zu bringen, sei so wichtig, daß sie unbedingt noch eingehend in der Kommission erörtert werden müsse. Nur müsse man dann auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Man dürfe nicht vergessen, daß zwischen Polen und Rußland Krieg sei und selbst ein drohender Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland müsse durch das gleiche Mittel unterdrückt werden.

Zum Schluß der Nachmittags-Sitzung sprach Präsident Emille über die Angelegenheit des internationalen Komitees zu überlegen mit dem Auftrag, dem Kongress vor seinem Abschluß noch definitive Bericht zu erstatten, damit die Frage eines internationalen Generalfreistats zur Vermeidung von Kriegen noch auf dem jetzigen Kongress erledigt werden könne.

Genf, 3. Aug. Die internationale Bergarbeiterkonferenz schloß heute vormittag ihre Beratungen ab. Den Vorsitz führte heute Sade, Mitglied des Vorstandes des Deutschen Bergarbeiterverbandes. Verhandelt wurde über den Antrag der englischen Delegierten betr. die Nationalisierung der Bergwerke. Nach den Ausführungen des Generalsekretärs Sade, betonte die Macht des Kapitalismus und die Beteiligung der Arbeiter am Wachstum, ferner den Übergang der Bergwerke in den allgemeinen Besitz unter der Verwaltung einer Kooperation, die sich aus Vertretern der Arbeiter, der Konsumenten und des Staates zusammensetzt. Erörtert wurde auch der deutsche Vorschlag auf Einleitung eines internationalen Kohlenrates, der die Steuerung der Produktion, die Verteilung der Kohlen und die Festlegung der Preise unter sich hat.

Die erste Frage fand allgemeine Zustimmung, und man einigte sich dahin, daß Nationalisierung und Sozialisierung der Bergwerke ziemlich das gleiche Ziel seien. Ueber die Frage eines internationalen Kohlenrates gingen aber die Meinungen auseinander. Engländer wie Franzosen waren der Ansicht, daß diese Einrichtung erst in Frage komme, wenn die Nationalisierung durchgeführt sei.

Sitzung des Völkerverbundes.

Genf, 3. Aug. Die öffentliche Sitzung des Völkerverbundes wurde heute vormittag 11 Uhr eröffnet. Der Rat annullierte den Artikel 3 der Resolution vom 18. Januar 1920, der der Regierung des Saargebietes sämtliche Kosten der Grenzkommission auferlegt. Auf den Bericht Kitzonits hin wurde beschlossen, auf die Tagesordnung der ersten Völkerverbundsversammlung die Frage der Wiedergutmachung zu setzen. Der Rat schlägt der Versammlung vor, eine internationale Wiedergutmachungskommission für die Organisation eines Aktionsplanes zu ernennen. Gemäß dem Bericht von Quinones de Leon beschloß der Rat, die Vereinigten Staaten zu Teilnahme an der internationalen Verlebenskonferenz einzuladen, sowie allen anerkannten Regierungen die Tagesordnung der Konferenz und das diesbezügliche orientierende Material zuzustellen. Nach Anhörung des Berichts von Cunha beschloß der Rat, den Plan der internationalen Organisation auf Schaffung eines internationalen Anses für Hygiene zu genehmigen und der Völkerverbundsversammlung vorzulegen. Gemäß dem Bericht von Bourgeois beschloß der Rat die Veröffentlichung von Dokumenten bezüglich des Völkerverbundes durch die internationale Universitätskommission in Brüssel zu subventionieren.

Die Lage in Jittau.

Zu der Lage in Jittau melden die Berliner Mitteilungsblätter: Der Oberbürgermeister von Jittau, der nach Dresden geschickt war, wird heute mit dem Vorbringen der Reichswehr in Jittau zurückgekehrt. Der über Ausschuß, der sich die Polizeigewalt angemacht hatte, herrscht immer noch. Da die großen Ueberlandzentralen weiterhin still liegen, sind angeblich Hunderte von Fabriken und Werken zum Streifen gezwungen. Die Stimmung der einsichtigen Arbeiterschaft ist unbedingt gegen den Terror und gegen den Streik.

Jittau, 3. Aug. Eine von 6000—8000 Personen besuchte Versammlung beschloß heute vormittag, morgen eine Abstimmung in den Betrieben über die Weiterführung des Streiks stattfinden zu lassen. Von den früheren Forderungen der Rabilalen war nicht mehr die Rede. Man verlangte nur die Aufhebung des Belagerungszustandes. Aufschriften sind nicht borgekommen. Der Bahnverkehr ist wieder aufgenommen.

Die ungarische Reaktion bedroht Oesterreich.

Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ meldet, riefte der Sekretär und der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftskommission eine Kundgebung an den internationalen Gewerkschaftsbund, in der betont wird, daß die ungarische Reaktion das westliche österreichische Land bedrohe. Immer härtere ungarische Truppenkontingente würden an der österreichischen Grenze zusammengezogen. Die österreichische Arbeiterschaft appelliert an die Gewerkschaften von England, Frankreich und Italien, dem österreichischen Volk in seiner äußerst schwierigen Lage beizustehen.

Die Umbildung der badischen Regierung.

Die Umbildung der badischen Regierung gemäß den Bedürfnissen und der Parteilagerung unseres badischen Landes ist nunmehr Tatsache. Sie wird sowohl den Notwendigkeiten der Vereinfachung der Staatsverwaltung gerecht, indem sie die Zahl der Ministerien von 7 auf 6 reduziert, wie auch der Verschiebung der Wählermassen bei den Reichstagswahlen durch Uebergabe des Präsidiums von der Sozialdemokratie an das Zentrum und durch Verringerung der Zahl der Staatsräte.

Als am 2. April 1919 die Wahl der Regierung im Landtag erfolgte, verminderte man die stark angeschwollene Zahl der Ministerien der vorläufigen Volksregierung auf sieben mit dem stillschweigenden Vorbehalt, sobald es die politischen Verhältnisse erlauben, die Ministerien weiter auf ein Maß zu reduzieren, das unseren kleinen badischen Ländern angemessen ist. Diese politische Situation ist nunmehr eingetreten, nachdem der Geschäftskreis des Ministeriums des Auswärtigen so klein wurde, daß er von der Staatskanzlei miterledigt werden kann und außerdem das Ministerium für militärische Angelegenheiten in Begall gekommen ist.

Gleichzeitig ist bei der vorgenommenen Regierungsumbildung die Stimmenverschiebung gewissermaßen mechanisch in Erscheinung getreten. Nachdem die Zentrumspartei bei den letzten Reichstagswahlen sich als die weitaus stärkste erwies, übernimmt sie das Präsidium, mit dem sie den Justizminister Trunk betraut, der mit seinem Ressort jetzt das Amt des Staatspräsidenten vereint. Hierdurch tritt letzten Endes herbeigeführt durch den souveränen Volkswillen, eine Kräfteverschiebung bei der Regierung ein, deren Auswirkung in der allgemeinen Politik und bei den Gesetzgebungsarbeiten sich heute noch nicht genau berechnen läßt.

Als Minister eines scharf vorgezeichneten Ressorts und stellvertretender Staatspräsident ist der nunmehrige badische Staatspräsident Trunk bisher nicht allzu sehr in den Vordergrund getreten, so daß sich über seine Persönlichkeit kein Endurteil fällen läßt, wenn auch gesagt werden kann, daß das von Herrn Trunk geleitete Justizwesen bisher keinerlei Angriffe erfuhr.

Das Finanzministerium, dessen Leitung erst vor kurzem durch den Weggang des allseits gefeierten nunmehrigen Reichsfinanzministers Dr. Wirth eine Veränderung erfuhr, wird in den Händen des Zentrums bleiben und von Herrn Finanzminister Köhler weiter verwaltet werden, wobei schwierige Arbeiten noch seiner harren. Die Demokraten, bisher durch die Herren Hummel und Dietrich im Kabinett vertreten, ziehen den letzteren, der sein Können nunmehr dem Reiche widmen will, zurück und behalten nur noch den Herrn Unterrichtsminister Hummel, dessen Aufgabe es nunmehr sein wird, durch frische Energie die großen Fragen der Schulreform in Anlauf zu bringen. Das Ministerium des Innern und das Ministerium für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten verbleibt wie bisher der Sozialdemokratie mit ihren bisherigen Vertretern Innenminister Kemmle, der zudem an Stelle von Trunk stellvertretender Staatspräsident wird, und Arbeitsminister Rückert. Ihrer Arbeitstätigkeit warten große Aufgaben, worunter besonders die Frage des Kreisbauwesens, die neue Gemeindeordnung, die Frage der Arbeitsbeschaffung, die soziale Fürsorge, Wohnungs- und Siedelungsfragen zu nennen sind. Eine Verringerung erfährt die Zahl der Staatsräte, aus deren Mitte die Staatsräte Engler von den Sozialdemokraten und Haas von den Demokraten austreten, die beide — Herr Haas als Innenminister der vorläufigen Volksregierung, Genosse Engler durch sein großes Wissen und seine reiche Erfahrung auf wirtschaftlichem Gebiete bei den zahlreichen Wirtschaftskrisen — große Verdienste um unser Land sich erworben.

Das Gesamtbild des Ministeriums ist somit: Staatspräsident und Justizminister Trunk und Finanzminister Köhler vom Zentrum, stellvertretender Staatspräsident und Innenminister Kemmle und Arbeitsminister Rückert von den Sozialdemokraten und Unterrichtsminister Hummel von den Demokraten. Hierzu kommen als unbesoldete Staatsräte: zwei Vertreter des Zentrums, ein Vertreter der Sozialdemokratie (wie bisher Genosse Marum) und ein Vertreter der Demokraten. Ausgeschlossen sind Staatspräsident und Minister für militärische Angelegenheiten Geiß von den Sozialdemokraten und Außenminister Dietrich von den Demokraten, ferner die Staatsräte Engler von den Sozialdemokraten und Haas von den Demokraten.

Rückblickend kann und muß bei dieser Gelegenheit konstatiert werden, daß bei aller Kritik, die im Einzelnen bei mancherlei Regierungshandlung der Weltanschauung des Vertriebers vorbehalten ist, die vor 1 1/2 Jahren gewählte Regierung es verstanden hat, Baden in anerkanntenswerter Weise über die Klippen einer anarchischen Zeit hinwegzuführen. Weit über die gelbten Grenzpfähle hinaus wird die ruhige Entwicklung unseres badischen Landes lobend gewürdigt.

die langsam und stetig uns besseren Verhältnissen entgegenzuführen bestimmt ist. Ist diese erfreuliche Tatsache auch verankert in der ruhigen freibewilligen Art unseres fränkisch-pfälzischen und felsch-alemannischen Volkstammes und ist sie vertieft durch die uralte demokratische Tradition ihrer politischen Institutionen und Regierungsweise, so bleibt es doch ein großes Verdienst der Regierung der badischen Republik, in konstanter Fortentwicklung den Staat den neuen Formen anzupassen.

Einen großen Teil des Ruhmes kann hierbei der erste badische Staatspräsident Anton Geiß für sich in Anspruch nehmen, der in der ruhig-schlüssigen Art, wie sie einem aus dem arbeitenden Volke hervorgegangenen und mit ihm verwachsenen Volksführer natürlich, durch verständliche Vermittlung den Staat um schwere innere Kämpfe herumzubringen suchte. Als der Landtagsabgeordnete und frühere Vizepräsident der 2. Kammer des badischen Landtags Anton Geiß am 9. November 1918 von Mannheim nach Karlsruhe fuhr, um die Forderungen der Mannheimer Arbeiter der damaligen Großherzoglichen Regierung zu übermitteln, dachte er wohl nicht daran, daß er andern Tages als Ministerpräsident an der Spitze der vorläufigen badischen Volksregierung stehen würde und nach Schaffung und Annahme der republikanischen badischen Verfassung der von allen Parteien gewählte erste Staatspräsident der badischen Republik sein würde. Die Parteien hatten, wie die Zukunft bewies und die neuerlichen Wünsche, den Staatspräsidenten Geiß weicher für den hervorragenden Posten zu erhalten, zeigten, keinen schlechten Griff mit ihrer Wahl gemacht. Denn gerade Geiß besaß, was in heutiger Sturmbelegter Zeit so wertvoll, die Gabe der verständlichen Vermittlung nach allen Seiten. Hierzu kommt noch die Autorität seines gereiften Alters, das in sich die Gewißheit wohlüberlegter Entschlüsse trägt. Daneben aber muß noch genannt werden die Lebenserfahrung, die sich der bisherige badische Staatspräsident in der Schule der Sozialdemokratie als langjähriger parlamentarischer Vertreter der Arbeiterklasse und Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Baden erworben hat. Zeit seines Lebens verbunden mit dem arbeitenden Volke sind ihm die Mühen und Sorgen des Arbeiters und kleine Mannes wohl vertraut, so daß er in heutiger harter Wirtschaftslage ihre schwere Situation miterlebt und zu lindern veruchte, was in seinen Kräften und in den Möglichkeiten des badischen Staates lag. Ebenso wie die Behebung des heutigen Wirtschaftslebens abhängig ist von Dingen, die außerhalb unseres Könnens liegen, ebenso sind aber auch die Möglichkeiten unseres badischen Staates umgrenzt, woran auch Regierungsstellen keine Beschränkung findet.

Über unsere Zeit hinaus wird jedoch sicher allzeit gedacht werden der Schaffung der Verfassung der Republik Baden, die unter der Ägide Geiß zustande kam und unter seiner Staatspräsidentenschaft geleitet wurde. Immer tiefer verankert wurde. So bleibt seiner Nachfolgerin in der Hauptstadt die Arbeit, das Werk der Verfassung immer stärker unter öffentliches und kulturelles, politisches und soziales Leben durchzuführen und mit Klugheit und Energie unseren Wiederaufstieg weiterzuführen. Dem Genossen Geiß, dem ersten badischen Staatspräsidenten aber — und seiner Frau, die ihm eine teilnahmevolle Gefährtin ist —, der ja als Landtagsabgeordneter in steter Fühlung mit dem politischen Leben bleibt, wünschen wir weitere lange frohe Jahre, in denen er aus trüber jüngerer Vergangenheit und unruhiger Gegenwart dem Land und Volk Baden eine verheißungsvolle Zukunft heraufsteigen sehen möge.

Zum Rücktritt des Staatspräsidenten Geiß schreibt die „Karlsruher Zeitung“: „Das Ausscheiden des Staatspräsidenten Geiß aus der badischen Regierung ruft in den weitesten Kreisen des ganzen Landes das Gefühl aufrichtiger Bedauerns hervor. Staatspräsident Geiß hat sich durch seine geschickte und selbstlose stets auf das Wohl von Volk und Heimat bedachte Amtsführung sowohl wie durch sein gewinnendes und würdiges persönliches Auftreten die allgemeinste Wertschätzung und Anerkennung der Bevölkerung ohne Unterschied der parteipolitischen Überzeugung erworben. Ihm war es zum großen Teil zu verdanken, daß das badische Staatsstift nicht nur durch die Novemberrevolution des Jahres 1918, sondern auch durch alle bis heute gefolgten Krisen und Fährlichkeiten sicher hindurchgeführt werden konnte. Wir denken dabei namentlich an die in der ersten Zeit nach der Revolution wiederholt für die Regierung angebrochenen, eine Initiative, die dank seiner Befähigung und persönlichen Autorität immer wieder von Erfolg begleitet war. Wenn Staatspräsident Geiß nunmehr, nach nahezu zweijähriger Tätigkeit von dem hohen und verantwortungsvollen Amte zurücktritt, zu dem ihn das Vertrauen des badischen Volkes berufen hat, so darf er es in dem Bewußtsein tun, dieses Vertrauen in vollem Maße gerechtfertigt und sich damit den rückhaltlosen Dank der Heimat gesichert zu haben, der er, in seiner Eigenschaft als Abgeordneter, auch weiterhin seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen widmen wird. Seine Verdienste werden ihm unvergessen bleiben.“

Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

Zahllos harte Kapitän Kirch seine Nacht verkauft. Mit einem stattlichen Schoner, der auf der heimischen Welt gebaut worden war, brachte er für fremde und mehr und mehr für eigene Rechnung Korn nach England und nahm als Rückfracht Kohlen wieder mit. So war zu dem Korn nun auch ein Kohlenhandel gekommen und auch diesen mußte gleich der Milchwirtschaft die Frau besorgen. Um seinen Heinz, wenn er bei seiner Heimkehr auf die kurze Frage: „Hat der Junge sich geschickt?“ von der Mutter eine bejahende Antwort erhalten hatte, schien er sich im übrigen nicht groß zu kümmern; nur beim Quartalsbesuche besuchte er den Rektor und den Pastor zu besuchen, um zu erfahren, wie der Junge lerne. Dann hieß es allemal, das Lernen sei ihm nur ein Spiel, es bleibe dabei nur zuviel unnütze Zeit ihm übrig; denn wild sei er wie ein Teufel, sein Junge ihm zu groß und seine Spitze ihm zu hoch.

Auf Hans Adams Antlitz hatte sich, nach Aussage des Schullektors, mehrmals bei solcher Auskunft ein recht ungeeignetes und fast befriedigtes Lächeln gezeigt, während er mit einem kurz hervorstehenden „Na, na!“ zum Abschiede ihm die Hand gedrückt habe.

Wie recht übrigens auch Heinzens Lehrer haben möchten, so blieb doch das Schutzverhältnis zu der kleinen Wied daselbe und davon mußte mancher freule Junge nachsagen. Auch sah man ihn wohl an Sonntagen mit seiner Mutter nach einem dürftigen, umweit der Stadt gelegenen Wäldchen wandern und bei der Rückkehr nebst dem leeren Probiantkorbe sein Schweißtüchlein auf dem Rücken tragen. Mitunter war auch die allmählich aufwachsende Wied bei dieser Sonntagswanderung. Die stille Frau Kirch hatte Befallen an dem feinen Mädchen und pflegte zu sagen: „Daß sie nur mitgehen, Heinz, so ist sie doch nicht bei der schlechten Mutter.“

geleitet werden konnte. Wir denken dabei namentlich an die in der ersten Zeit nach der Revolution wiederholt für die Regierung angebrochenen, eine Initiative, die dank seiner Befähigung und persönlichen Autorität immer wieder von Erfolg begleitet war. Wenn Staatspräsident Geiß nunmehr, nach nahezu zweijähriger Tätigkeit von dem hohen und verantwortungsvollen Amte zurücktritt, zu dem ihn das Vertrauen des badischen Volkes berufen hat, so darf er es in dem Bewußtsein tun, dieses Vertrauen in vollem Maße gerechtfertigt und sich damit den rückhaltlosen Dank der Heimat gesichert zu haben, der er, in seiner Eigenschaft als Abgeordneter, auch weiterhin seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen widmen wird. Seine Verdienste werden ihm unvergessen bleiben.“

In ähnlich anerkennender Weise äußert sich auch die Wahrheit der anderen badischen politischen Blätter.

Politische Uebersicht.

Aus der Debatte der allgemeinen Wehrpflicht.

In der Debatte über die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht im Reichstag führte der Abg. Schöpplin in der Sitzung vom 30. Juni nach der Parteivorlesung etwa aus: „Der Gesetzesentwurf ist eine selbstverständliche Folge des durch unsere Niederlage geschaffenen Friedensvertrages. Ich verheißt nicht, wie die Redner der Unabhängigen die allgemeine Wehrpflicht hier behaupten. Was es doch der große Nebel, der stets den großen Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht gefordert und verteidigt hat, und Friedrich Engels war es, der die allgemeine Wehrpflicht als eine besonders demokratische Einrichtung pries. (Schärfster Beifall. — Unruhe d. b. u. Soz.) Damit stellen sich die Herren Reichstagsredner und die Herren Reichstagsredner die gute Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht in Preußen verurteilt worden ist, dagegen haben wir seit Jahrzehnten immer und immer wieder, schärfsten Einspruch erhoben. Soweit also diese Art in Betracht kommt, verheißt ich die Schärfe der unabhängigen Redner sehr wohl, ganz besonders angeht die vorberühmte Rede des Generals von Gallwitz. (Sehr richtig!) Den an sich guten Gedanken des Herrn Schöpplin, der ein einjähriges Wirtschaftsjahr verlangt, lehnen wir in diesem Augenblick ab, ohne seine stützlichen Vorteile verlernen zu wollen. Wir müssen ihn ablehnen aus der augenblicklichen innerpolitischen Situation heraus, die ihn in diesem Zusammenhang unmöglich macht, nicht zuletzt auch wegen der Wirkung im Ausland, wo das geistliche Zusammenfallen mit der Abschaffung der Wehrpflicht selbst abgelehnt werden könnte. Erziehung und körperliche Tüchtigkeit, die auch wir fordern, stehen im alten Heer sicherlich nicht an erster Stelle. Wir werden heute nach der Abschaffung der Dienstpflicht dafür mehr tun, wie wir dies in unseren Arbeiterhorizonten ja bereits tun. (Beifall bei den Soz.)“

Unabhängiger „Erfolg“ in Obenbürg.

Durch die Schuld der unabhängigen Abgeordneten, die nicht vollständig zur Stelle waren, wurden am Freitag in Obenbürg Landtage zwei Beschlüsse gefaßt, die sehr bedauerlich sind. So wurde zu einem neuen Erwerbssteuergesetz ein Antrag angenommen, der bestimmt, daß auch die Betriebe, deren Absatz nur auf die Mitglieder beschränkt, der Besteuerung unterliegen. Dadurch ist die Besteuerung der Konsumverdiener Gesetz geworden. Wären die Unabhängigen vollständig zur Stelle gewesen, so wäre mit ihrer Hilfe dieser Antrag abgelehnt worden. Ebenso war es bei den Beschlüssen an die Meliorationsgesellschaften. Mit 22 gegen 21 Stimmen wurde hier ein Zentrumstrag angenommen, der bestimmt, daß die Zuschüsse an die Straße um 150 000 M erhöht werden. Auch diese Annehmungen aus den Taschen der Steuerzahler, gegen die die Sozialdemokraten sich lebhaft entgegensetzt hatten, war nur möglich durch die Summe einiger Unabhängigen, die es fertig brachten, bei derartig wichtigen Verhandlungen nicht anwesend zu sein, obwohl sie wußten, daß diese Gegenstände verabschiedet wurden.

Unantastbarer Servilismus.

Geoffen Leuten sitzt der Geist der wilhelminischen Ära, das Friederichium und Bismarckium, unantastbar im Blute. So finden wir in dem Gesuch eines Oberbediensteten, der um seine Wiedereinstellung als Oberbediensteter in die Reichsmarine bittet, an den Reichspräsidenten folgende herrliche Anrede: „Allerhochachtungsvoll, großmächtigster Reichspräsident! Allerhöchachtungsvoll Herr! Ein Hochwohlgeborenen wollen gnädigst geruhen, meine alleruntertänigste Bitte anzuwenden und wohlwollend befrachten zu wollen.“ Es folgt nun die Begründung des Gesuchs, das mit folgenden Worten schließt:

Nach seiner Konfirmation mußte Heinz ein par Fahrten auf seines Vaters Schiffe machen, nicht mehr als „Spiegelgänger“, sondern als strenggehaltener Schiffsjunge; aber er tügte sich und nach der ersten Rückkehr klopfte Kapitän Kirch ihm auf die Schulter, während er seiner Frau durch ein lautes Rufen ihren Anteil an seiner Befriedigung zukommen ließ. Die zweite Reise geschah mit einem Sechshäcker; denn der wachsende Handel dabei verlangte die persönliche Gegenwart des Geschäftsherrn. Dann, nach zwei weiteren Fahrten auf größeren Schiffen, war Heinz als Matrose in das älterliche Haus zurückgekehrt. Er war jetzt sechzehn Jahre; die blaue schirmlose Schiffermütze mit dem bunten Bande und den flatternden Bändern ließ ihm so auf zu seinem frischen, braunen Antlitz, daß selbst die Pastorstöchter durch den Baum lugten, wenn sie ihn nebenan im elterlichen Garten mit seiner Schwester spielen hörten. Auch Kapitän Kirch selber konnte es Sonntags beim Gottesdienste nicht unterlassen, von seinem Schifferstuhle nach unten in die Kirche hinabzuschauen, wo sein schmäcker Junge bei der Mutter saß. Unterweilen schweiften auch wohl seine Blicke drüben nach dem Witaphe, wo zwischen mannigfachen Siegestrophäen sich die Marmorblüte eines stattlichen Mannes in gewaltiger Allongeperücke zeigte; gleich seinem Heinz nur eines Bürgers Sohn, der gleichwohl als Kommandeur von dreien seiner Majestät Schiffen hier in die Vaterstadt zurückgekommen war. Aber nein, so hohe Pläne hatte Hans Kirch doch nicht mit seinem Jungen, vorläufig galt es eine Reise mit dem Hamburger Schiffe „Sammonia“ in die chinesischen Gewässer, von der die Rückkehr nicht vor einem Jahre erfolgen würde; und heute war der letzte Tag im elterlichen Hause.

Die Mutter hatte diesmal nicht ohne Tränen ihres Sohnes Kiste gepackt und nach der Rückkehr aus der Straße legte sie noch ihr eigenes Gefanquid obenauf. Der Vater hatte auch in den letzten Tagen außer dem Notwendigen nicht viel mit seinem Sohn gebraten; nur an diesem Abend, als er auf dem dunklen Hausflur ihm begegnete,

In Anbetracht dessen wollen Ein. Hochwohlgeborenen sich furchtsvoll (!) geruhen, meine Wiedereinstellung als Oberbediensteter allerhöchachtungsvoll genehmigen zu wollen. In diesem Gesuch verharbt einem allerhöchachtungsvoll Reichspräsidenten alleruntertänigster Raul R. Oberbediensteter der Reichsmarine.

Der „Alleruntertänigste“ war unter dem alten Kaiser sicherlich eine ganz hervorragende Ordnungsstufe. Am liebsten möchte man dem „Alleruntertänigsten“ einen Schritt auf dem „Alleruntertänigsten“ geben.

Die Leiden unserer Gefangenen.

Man schreibt uns: „Unter Gefangnismauern in Abignon haben 330 Deutsche den Glauben an die Heimat zu verlieren. In jedem neuen Morgen steht die Hoffnung auf Befreiung aus den Ketten der jahrelangen Gefangenschaft auf, mit jedem Tag sinkt sie und mit dem Abend kommt das Sehnen nach der Heimat. Josef rüttelt an den Seelen der Armen, wie der Sturm an den Bäumen, die Heimat hat unser vergessen, während die Bedrücker sind sie in den Augen der Feinde, Liebende und dankenswürdigste Volksgenossen sollten sie in den unsern sein. Das Verbrechen. Da ist z. B. ein gewisser Rubin, 27 Jahre alt, Karlsruhe, der am 11. Februar 1918 auf einer Erkundungsgang den Albert und Aras in Gefangenschaft geriet. Er hatte den Befehl erhalten, auf dem Rückwege die gefallenen Feinde aus den Papieren zu durchsuchen, um aus denselben die gegenüberliegenden feindlichen Regimenter feststellen zu können. Ein feindlicher Nebel führte ihn irr, er kam direkt in die feindliche Linie. Der französische Kriegsgericht verurteilte ihn wegen Leichtsinnigkeit zu 10 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Landesverweis. Ein anderer Fall: Der Heideberger Otto Kraus entfiel seiner Bequemlichkeit wegen auf dem Transport von einem Lager nach einem Kriegsgefangenenlager das gezeichnete Innenbild eines Kindes. Wegen Miltärdienstverweigerung wurde er zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.“

So sehen diese „Verbrecher“ aus! Die deutschen Wehrmacht bemühen sich um Wiederaufnahmeverfahren oder Antonten des französischen Anwesenlassens auf diese deutschen Gefangenen, aber bis jetzt gänzlich ohne Erfolg. Herausgelassen sind aus dieser „Stadt des Elends und der Verzweiflung“ in Abignon nur die wenigen, die ihre Strafen schon verbüßt haben. Die anderen müssen weiter aushalten.

Der selbst schon in schlimmer Lage war, der weiß, um wie vieles leichter sich alle Mühen ertragen läßt, wenn man ein Stück Frieden spürt, wenn kleine Reizen liebevollen Gedankens die Nacht der Leiden erhellen. Dazu angeregt ist der Jüngling hier. Man mache aus gelelenen Büchern, Zeitschriften, Rauchermaterial, halbdaren Epworen usw. 1 Kilo-Paketchen und adressiere:

Giltensausfluß der deutschen Kriegsgefangenen.

Depot Spécial des P. O. in Abignon, Dep. Vaucluse.

Die Pakete kommen nach den Erfahrungen des Volksrates des zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, der ja dauernd für die noch immer Gefangenen tut, was in seinen Kräften steht, nach 3 Tagen bereits an und werden durch den Ausfluß gerettet. Die Freude, die man mit einer solchen Liebesgabe den gefangenen Deutschen machen kann, ist der kleinen Mühe und event. des Besorgnisses auf ein Teilchen seiner Süßigkeiten, oder Nahrungsmitteln wert.

Zeigt, daß Ihr noch ein Herz für unsere Gefangenen habt.

Badische Politik.

Ein sogen. akademischer Ehrlich.

Wie er bereits an der Freiburger Universität bestiebt, ist nun auch an der Technischen Hochschule in Karlsruhe als Dozent an der Universität in Heidelberg eingeweiht worden. Der Haushaltsausfluß des Landtags bewilligt zu diesem Zweck für Heidelberg 800 000 M. für Karlsruhe 120 000 M. Es wurde betont, daß in Freiburg bereits rund 1200 Studierende von der notwendigen Einrichtung des sogen. akademischen Ehrlichen Gebrauch machen; man rechnet in Heidelberg ebenfalls mit etwa 1200, in Karlsruhe mit 400 Teilnehmern. Diese Geldsumme bestimmen auch die sozialdem. Fraktion, für die Position zu stimmen.

Denn es gibt gegenwärtig tatsächlich eine erhebliche Anzahl Studierende, welche finanziell nicht in der Lage sind, sich ein ausreichendes Mittagegen beschaffen zu können.

Das Siedelungsgefetz.

Es wurde am Montag nachmittag mit der Annahme des folgenden Erträgnisparagaphen des § 6 zum Abschluß gebracht: „§ 6. Zur Verwaltung der aus dem Reichsiedelungsgefetz ergab diesem Gefetz für das Arbeitsministerium sich ergebenden Aufgaben sowie aller Fragen des Siedelungswesens und der Landeskultur wird ein Landesiedelungsausschuß eingerichtet. Er besteht aus dem Arbeitsminister oder seinem Vertreter als Vorsitzenden, aus höchstens sechs vom Landtag zu wählenden Landesabgeordneten, aus höchstens zehn vom Arbeitsministerium

griff er nach seiner Hand und schüttelte sie heftig: „Sich hier nicht still, Heinz; für dich, nur für dich! Und komm auch allmählich wieder!“ Soffig hatte er es hervorgerufen; dann ließ er die Hand seines Sohnes fahren und trat eilig nach dem Hof hinaus.

Ueberhaupt blühte ihm Heinz eine Weile nach; aber seine Gedanken waren anderswo. Er hatte Wied am Tage vorher wiedergesehen; doch nur zu ein paar schlüssigen Worten vor Gelegenheit gewesen; nun wollte er noch Abschied von ihr nehmen, sie wie sonst noch einmal um den Hals zu fassen.

Es war ein kühler Maiabend; der Mond stand über dem Wasser als er an den Hafen hinabkam; aber Wied war noch nicht da. Freilich hätte sie ihm gesagt d. h. sie abends bei einer alten Dame einige leichte Dienste zu versehen habe; desungedachtet, während er an dem einsamen Posten auf und ab ging, konnte er seine Linquid zum Niederzwingen; er schalt sich selbst und wußte nicht, weshalb das Klopfen seines Blutes ihm fast den Atem raubte. Endlich sah er sie aus der höher gelegenen Straße herabkommen. Der weite Werdlicht; das ihr voll entgegenleucht, er schau sie ihm so groß und schlank, daß er erst fast vergaß, daß sie es wirklich sei. Gleichwohl hatte sie den Oberkörper in ein großes Tuch verwickelt; einer Kopfbedeckung bedurfte sie nicht, den das blonde Haar lag voll wie ein Schloß über ihrem garten Antlitz. „Guten Abend, Heinz!“ sagte sie ihm, als sie sich zu ihm trat; und ich übernahm, fast wie ein Fremder, berührte er ihre Hand, die sie ihm entgegenstreckte. Schweigend folgte er sie zu einem Boot, das neben einer großen Mauer im Wasser lag. „Komme mir!“ sagte er, als er hineingetreten war und der auf der Seitenbank liegenden die Arme entgegenstreckte; „ich habe Erlaubnis, wir werden diesmal nicht gescholten.“

Als er sie in seinen Armen aufgefassen hatte, löste er die Tase und das Boot glitt aus dem Schatten des großen Schiffes auf die weite mondalternde Wasserfläche hinaus. (Fortsetzung folgt.)

angenommen. Annahme findet der Antrag der Koalitionsregierung, wonach der Reichskommissar von Fall zu Fall entscheidet, wann militärische und politische Organisationen von der Ablieferungspflicht befreit werden.

Die anderen Anträge der Koalitionsparteien werden ebenfalls angenommen. — Es folgt die dritte Lesung des Notenschaltetats.

Abg. Helfferich: Wir haben im Ausschuss unsere schweren Bedenken gegen die jetzige Wirtschaftspolitik zum Ausdruck gebracht. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage werden wir erst im November bei der Beratung des Hauptetats darauf zurückkommen.

Minister des Innern Koch teilt mit, es werde daran festgehalten, daß in Deutschland nur solche aus dem Auslande bereinkommende Personen Unterkunft finden, die auf geordnetem Wege und mit einem Paß versehen hereinkommen. Alle anderen müssen interniert oder abgeschoben werden.

Der Minister geht dann auf die Reichsschuldenfrage ein. Sehr wünschenswert wäre es, wenn wir als Gegenstück zum Reichswirtschaftsrat einen Reichskulturrat beständen.

Abg. Mumm (D.R.) bittet den Minister, im Sinne der bereits gefaßten Entscheidung des Hauses den Zugang fremdländischer Elemente abzuwehren. In Berlin sind viel mehr als 40 000 Ostjuden, vielfach mit gefälschten Pässen. Von den 500 bis 600 Lebensmittelschiebern in Neu-Köln sind neun Zehntel Juden. Das „Berliner Tageblatt“ selbst sagt, daß es Galizier und Russen seien.

Abg. Kores (Dem.): Unsere Zustimmung zu der Entscheidung hat nichts mit Klassen- oder Klassenhaß zu tun. Die Abwehr der Massenwanderung ergibt sich lediglich aus der richtigen Haltung des eigenen Volkes. Auch gute deutsche jüdische Kreise empfinden diese Einwanderung als Last. 75 Prozent aller verhafteten Gold- und Silberschieber gehören zu dieser Einwanderern.

Die Abg. Rosenfeld und Löwenstein (U.S.) beklagen ihre abweichende Auffassung.

Abg. Kuntel (D.B.) empfiehlt die Herausgabe einer Denkschrift über die Absichten bezüglich der Schulgesetzgebung und der Gründung eines Reichsschulamtes.

Abg. Breitfeld (U.S.): Es ist bezeichnend, daß gerade heute Herr Mumm eine Galizienrede hielt an demselben Tage, an dem ein fremdstaatlicher Mann an die Spitze des deutschen nationalen medienburgischen Ministeriums getreten ist. Die Entscheidung richtet sich ganz einseitig gegen jüdische Einwanderer. Wir fordern die Aufnahme einer objektiven Statistik über die gesamte Ein- und Auswanderung.

Abg. Rheinländer (Str.): Wir wünschen kein Reichsschulamt, weil die Länder die Schulhoheit behalten müssen.

Die Beratung wird abgebrochen. Mittwoch 1 Uhr: Fortsetzung der Haushaltsberatungen. Interpellation über Arbeitslosigkeit. Schluß 8 Uhr.

Aus der Partei.

Weingarten, 4. Aug. Sozialdem. Verein. Die nächste Parteiverammlung findet am kommenden Samstag, den 7. ds. Mts. abends 8 Uhr, im „Badischen Hof“ statt. In der Versammlung wird Genosse Müller-Bad, Karlsruhe, der ein besonders guter Kenner der Auslandsverhältnisse ist über die außenpolitische Lage Deutschlands sprechen. Im gegenwärtigen Augenblick ist dieses Thema besonders aktuell. Wir erwarten, daß unsere Genossinnen und Genossen zahlreich erscheinen. Auch sind alle Leserinnen und Leser der Parteipresse hierzu freundlich eingeladen.

Gemeindepolitik.

a. Die Bürgermeisterei in Unterweilheim. Am 26. Juli wurde vor dem Bezirksrat in Bruchsal die Beschwerde gegen Bürgermeister Malet verhandelt. Obwohl die Angelegenheit hier schon großen Staub aufgewirbelt hat, wurde die Beschwerde abgewiesen. Die Sache ist damit noch nicht erledigt, der letzte Schritt ist noch nicht getan. Es gestellt sich schon wieder ein Fall hinzu. Dieser Lage wurden nämlich mehrere Baumstämme in diesem Gemeindeveld abgehauen und als Stützen unter Obstdäumen angebracht gefunden; auch an Bäumen von Bürgermeisterei Malet. Keiner weiß, wie die Stämme vom Wald unter die Bäume kamen?

Wir glauben, daß dem Verlangen der U.S.P. geschafftes Heideberg und die Ausschreibung der Neuwahlen verlangte eine am Sonntag abgehaltene Generalversammlung des Ortsvereins Heideberg der U.S.P. Sollte der Stadtrat diesem Verlangen nicht stattgeben, dann wird die U.S.P. Parteileitung ihre gewählten Vertreter im Bürgerausschuß und in den Kommissionen zurückziehen. Der Antrag wird damit begründet, daß die U.S.P. entsprechend der abgegebenen Stimmzahl bei der Reichstagswahl am 6. Juni im Bürgerausschuß ungenügend und im Stadtrat überhaupt nicht vertreten ist.

Wir glauben, daß dem Verlangen der hiesigen U.S.P. gesellschaftliche Schweregeiten entgegenstehen. Die hiesige Städteverwaltung kennt keine Auflösung dieser Körperschaften. Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist auch in dieser Frage, wie in so vielen, beschränkt. Aber auch praktisch läßt sich der U.S.P.-Antrag nicht verwirklichen. Die Konsequenz wäre, daß je nach dem Ausfall einer politischen Wahl die Gemeindeverwaltung neu gewählt werden müßte. Die Folge wäre, daß die Verwaltung einer Gemeinde, die doch einigermaßen auf stabileren Verhältnissen aufgebaut sein muß, großen Schwankungen ausgesetzt wäre, was nicht im Interesse der Gesamtheit der Einwohner liegen kann. Anderwärts wo das Verhältnis umgekehrt ist, wie es z. B. in Gotha der Fall war, wo die U.S.P. im Parlament die Mehrheit hatte, trotzdem sie nicht mehr die Mehrzahl der Wählerschaft hinter sich hatte, hat man von dieser Seite einen anderen Standpunkt eingenommen. Die U.S.P. wird sich deshalb mit den derzeitigen Verhältnissen bis zu den nächsten Gemeindevahlen im Jahre 1922 abfinden müssen.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 8. Aug. Wegen „unentschieden Benschens“ ist laut „Bad. Post“ der aus Wien stammende Student Fr. Groh in einer Hauptversammlung vor dem Engeren Senat auf zwei Jahre von der Universität ausgeschlossen worden, nachdem ihm in der letzten Woche schon das Ministerium wegen Aufenthalt in Baden verboten hatte. Groh, einer der radikalsten Anhänger der kommunistischen Partei — so schreibt die bürgerliche Presse — hatte nach einer Versammlung jüdischer Studenten „Nieder mit Deutschland!“ gerufen und die Internationale und Sowjetrußland hochleben lassen.

Heidelberg, 8. Aug. In der Nacht zum Samstag wurde in der Villa eines Kaufmanns in der Albert-Heberlestraße eingebrochen. Die Diebe öffneten mit Nachschlüsseln die Türen und stahlen Silber- und Haushaltungsgegenstände im Werte von 20 000 M.

Mannheim, 2. August. Im Hinblick auf die mehrfach vorgekommenen Zwischenfälle auf den Rheindampfern, wo deutsche „nationale“ Arbeiter usw. gefangen wurden, die von Fahrgästen, die den Besatzungsmächten angehörten, über bemerkt wurden, hat die Internationalisierte Rheinlandskommission in einem beson-

deren Schreiben an den deutschen Reichskommissar für die besetzten deutschen Gebiete darauf aufmerksam gemacht, daß Stundgebungen auf den Rheindampfern, die geeignet sind, als gegen die alliierten Armeen oder gegen Angehörige der Besatzungsmächte (also auch gegen Zivilisten) gerichtet aufzufaßt zu werden unbedingt verboten sind und streng bestraft werden. — Wer sich zu deutschen Gefühlsäußerungen hinreißt, hat „also“ „Zwischenfälle“ zu gewärtigen, die zu schweren Bestrafungen führen können.

Wella (Donauschingen), 8. Aug. Ueber den grauenvollen Reichenfund in einer hiesigen Scheune, von dem wir berichtet haben, erzählt man weiter, daß die vorgenommene Sezierung der Leiche nicht mit Bestimmtheit auf einen Mord schließen läßt. Auch die Persönlichkeit ist noch nicht festgestellt.

Lobitzsch, 8. Aug. Als der Doppelmörder Klink, der den Landwirt Simon und seine Schwester ermordet, und herabstürzt hat, an den Ort seines Verbrechens geführt wurde, fiel die empörte Menge über ihn her und schlug ihn mit Fäusten und Stäniteln zu Boden. Nur mit Mühe gelang es der Gendarmarie, den Verbrecher der Menge zu entreißen.

Eberbach, 4. Aug. Ein junger Mann, der unter der Beschuldigung infolge Abtreibungsversuchs den Tod eines 18jährigen Mädchens herbeigeführt zu haben, verhaftet worden war, hat sich im Gefängnis durch Erhängen selbst das Leben genommen.

Das Krifengespinn. Die Firma Heinrich Lanz in Mannheim hat bis jetzt 650 Arbeiter entlassen. Daraus sind auch eine Anzahl Beamte und Angestellte überflüssig geworden, so daß auch diese ihre Kündigung erhielten, wofür sich die Zahl der Entlassenen auf etwa 750—800 erhöhen wird.

Vom Preisabbau.

Gegen die Preistreiberi der Landwirtschaftskammer.

Ueberlingen, 1. Aug. Der hiesige Kommunalverband hat beim Ministerium des Innern Vorstellungen erhoben gegen die von der Badischen Landwirtschaftskammer — Viehverwertungsstelle Freiburg — in der letzten Zeit bezahlten hohen Viehpreise, worüber aus verschiedenen Orten des Oberlandes und Bodenseegebietes in den letzten Tagen berichtet worden ist. Daraufhin richtete das Ministerium einen Erlaß an die Landwirtschaftskammer, in dem es heißt: Da durch das Gebahren der Aufkäufer der Viehverwertungsstelle Freiburg der L.R. die Bestrebungen auf Herabsetzung der bisherigen Viehpreise vereitelt werden und der Viehstand ernstlich gefährdet wird, ersuchen wir bringen, die Geschäftsstellen der Viehverwertung sofort anzuweisen, bei ihren Aufkäufen von Schlachtvieh unter keinen Umständen über die Höchstpreise hinauszugehen. Im Falle des Einlaufs weiterer Beschwerden würden wir uns veranlassen, gegen die Landwirtschaftskammer und die betr. Geschäftsstelle wegen Preistreiberi einzuschreiten, sowie ihr das Recht zum Handel mit Vieh zu entziehen. Der Kommunalverband Ueberlingen wurde angewiesen, das Geschäftsbüro der Aufkäufer der Viehverwertungsstelle zu überwachen und nötigenfalls einzuschreiten.

Gegen den Obsthandel.

Amlich wird bekannt gegeben: In den letzten Tagen sind aus verschiedenen Orten des Landgerichtsbezirks Offenburg Klagen darüber eingelaufen, daß von Erzeugern und einheimischen Händlern vereinbarte angemessene Preise für Obst, zu denen die Erzeuger abzugeben anfänglich bereit waren, durch gewissenloses Ueberbieten seitens auswärtiger Händler hochgetrieben worden sind.

Da anzunehmen ist, daß sich solche Vorgänge auch an anderen Orten des Landes wiederholen werden, sind die Staatsanwaltschaften beauftragt worden, den Obsthandel scharf zu überwachen zu lassen und in allen Fällen, in denen auf bezügliche Weise der angemessene oder der zwischen Erzeugern, einheimischen Händlern und Verbrauchern vereinbarte Preis getrieben wird, wegen Preistreiberi nachdrücklich einzuschreiten. Die Gendarmarie- und Polizeibeamten sind angewiesen, gegen die überbietenden Händler und die verkaufenden Erzeuger unnahezu ausschließlich vorzugehen, die durch Preistreiberi erlangte Ware zu beschlagnahmen und — soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen — Beteiligten zur Gefangenschaft eines Haftbefehls festzunehmen und dem Amtsgericht zuzuführen.

Wucherische Handelsgewinne.

Zum Kapitel der Warenverwertung berichtet die „Mannheimer Volksstimme“: Die Firma Heitmannsperger u. Söhner in Bruchsal, die auch in Mannheim Vertreter hat, kam, als die Revolution 1918 ausbrach, aus Geresbeständen Schreibpapier, Notizbücher, Bleistifte, Gummi, Pinsel, Scheren usw. zu ganz enorm billigen Preisen. Die Firma hatte dabei noch den großen Vorteil, daß sie ihre Kriegsanleihe als Zahlung abstoßen konnte. Diese so billig eingelaufenen Artikel wurden von der Firma größtenteils bis zum Anfang des Jahres 1920 zurückgehalten und erst dann, als diese Waren ganz ungeheuerlich im Preise gestiegen waren, durften die Vertreter die angestapelten Waren an die Kundenschaft verkaufen. Die nun auf den Markt gebrachten, so billig eingelaufenen Waren wurden jetzt mit einem Gewinn von teilweise 400 Prozent an den Mann gebracht. Zum Beispiel wurden Suberts, die 1919 mit 13 M. mit gutem Verdienst verkauft worden waren, im Jahre 1920 mit 35 M. verkauft. Kangleipapier, die 26 bis 30 M. kosteten wurden jetzt bis zu 180 M. auf angepreisen. Durchschlagpapier stieg am Lager von 10 M. auf 32 M. die tausend Blatt. Behaltliche Preiserhöhungen ergelzten Postpapier und andere Artikel, die alle von der Heeresverwaltung zu billigsten Preisen eingekauft wurden. Man kann sich ein Bild machen, welche Gewinne die Firma einheimte. Nach Preisabbau sieht das wahrlich nicht aus! Zur Illustrierung des Bildes ist es notwendig, auch noch mitzuteilen, daß die Firma bis Oktober 1919 geradezu Hungerlöhne bezahlte. Arbeiterinnen zum Beispiel erhielten 3 M. täglich, kaufmännische Angestellte 450 M. monatlich!

Stellung der Reichsbehörden zur Aufhebung der Zwangswirtschaft. Zu der teilweise erfolgten einmütigen Einstellung der Zwangswirtschaft in Baden wird der „Karlsruher Zeitung“ von zuständiger Seite geschrieben, daß eine völlige Freigabe der in Frage kommenden Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nur durch die zuständigen Reichsbehörden erfolgen könne und daß die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden in der Hauptsache die Erfassung der in Baden gewonnenen Erzeugnisse trifft. Ohne Einfluß bleibe der Beschluß des Landtagsausschusses (dem sich am Donnerstag nachmittag der Landtag einstimmig angeschlossen hat) auf die Befugnisse der Reichsbehörden und Reichsgeheimräte. So sind z. B. die Detags in Mannheim und Bremen auch weiterhin in der Rage, die ihnen reichsgesetzlich zuwendenden Anordnungen zu treffen und durchzuführen, soweit sie hierzu der Hilfe der bad. Behörden und ihrer Polizeibehörden bedürfen. Die Detags können z. B. Fabrikanten, die unter Ausrückung reichsgesetzlicher Bestimmungen badischen Tabak erwerben und betreiben, die Zumeilung von Auslandsstabak sperren. Auch können badische Erzeugnisse, die

entgegen den Vorschriften der Zwangswirtschaft erworben und außer Landes gebracht werden, außerhalb Badens von den zuständigen Behörden beschlagnahmt werden.

* Aus dem Albtal. Dem „Enztäler“ wird geschrieben: Der Wirteverein Herrenthal hat es durch einmütiges und festes Auftreten erreicht, daß die dortigen Metzger das Fleisch nummehr tatsächlich zu dem Höchstpreis von 8 M. abgeben.

* Mannheim 1. Aug. Von heute ab wurde der Brotpreis auf 3 M. für den Dreipfundlaib und auf 2.75 M. für das 2½ Pf. Mehl herabgesetzt.

* Bühl, 1. Aug. In einer Versammlung des Obstgroßhandels wurde der Preis für Zwetschen für den Erzeuger auf 70 Pf. verpakt frei Bahnhof auf 85 Pf. festgesetzt.

* Neffingen, 2. Aug. Bei einer Holzpreiserhöhung im hiesigen Gemeindeveld wurde für Langholz meistens nur bis zur Hälfte des Anschlags und nur in ganz vereinzelten Fällen darüber geboten.

* Walldorf, 2. Aug. In den hiesigen Wirtschaften ist der Weinpreis für das Viertel um 50 Pf., der Bierpreis für das Dreiviertel um 10 Pf. herabgesetzt und der Preis für ¼ Liter Apfelwein auf eine Mark festgesetzt worden.

Siedingen, 29. Juli. Eine aus Ostprovinzen, Obsthandlern und Verbrauchern zusammengesetzte Kommission, welche sich heute im Bezirksamt über die Obstpreise beriet, kam zu folgenden Erzeuger-Richtpreisen für das Gebiet des Amtsbezirks Siedingen: Mostobst (Apfel und Birnen) 15—20 M., Wirtschaftsobst 25—30 M., Tafelobst 30—40 M., Steinobst (Säuerlingsobst) 25—30 M.

* Dagers b. Waldsart, 2. Aug. Von Waldsarter Arbeitern wurde ein großer Transport Vieh, das nach Karlsruhe (?) verladen werden sollte, angehalten. 25 Stück Vieh sollen in die hiesige Mark abtransportiert worden sein. — Aus Waldsart wird berichtet, daß hiesigen Waggon im Seegebiet aufgekauft Schlachtvieh von Händlern abtransportiert worden sind.

* Eberach, 2. Aug. Da die Landwirte der Umgebung freiwillig vom 1. August ab den Erzeugerpreis für Milch um 30 Pf. ermäßigten, wird der Milchpreis in Eberach für die Konsumenten von 2 M. auf 1.60 M. herabgesetzt.

Bretten.

D. Aus dem Gemeindeveld. Die Eisenbahndirektion Karlsruhe hat auf die Vorstellung des Gemeindevelds mitgeteilt, daß mit dem Bahnbau Bretten-Knittingen erst begonnen werden kann, wenn den zur Wohnbauposition hierher verfahren Beamten Wohnungen zugewiesen werden. Das Mieteneinigungsamt wird erlucht, möglichst Entgegenkommen walten zu lassen. — Der kleine Gasbehälter im Stadt Gaswerk darf bringen eines Neuantrages mit Neuanbauarbeiten. Die Lieferung derselben wird der Firma Rosenzweig und Baumann in Kassel zu ihrem Angebot übertragen. — Durch die zur Aufhebung im Gaswerk nötige Holzverwertung ergeben sich Holzholzer. Derselben sollen im Kleinverkauf abgesetzt werden, das Pfund zu 60 Pf. Die Käufer haben bei der Stadtkasse die Zahlung zu leisten und erhalten aufgrund der Quittung die Holzholzer im Gaswerk verpackt. — Auf Verlegung des Ortsbüros der gewöhnlichen Lagerarbeiter und des Betriebes der Stadtbezüge (Kost und Wohnung). — Die in der letzten Sitzung angeregte Bildung einer Preisprüfungsstelle für Lebensmittel und die hauptsächlichsten Bedarfsartikel wird aufgrund der Reichsverordnung vom 26. September 1919 beschlossen und Gemeindeveld Rührung zum Vorstehen derselben ernannt. Außerdem gehören derselben: 4 Mitglieder von Seiten der Verbraucher und 4 Mitglieder aus dem Kleinhandel begn. Handel. Zur Unterstützung der Preisprüfung werden 4 Unterassistenten gebildet, deren Mitglieder die in der Besprechung mit den Vertretern der Kaufverbände vom 18. d. Mts. bestimmten Herren sind. — Aufgrund vorgenommener Befähigung werden 3 Wohnungen beschlagnahmt und dem Mieteneinigungsamt zur Vermietung überwiesen. Weiter wird Anordnung getroffen, eine Wohnung, die ohne Genehmigung des Mieteneinigungsamtes bezogen wurde, polizeilich zu räumen. — Auf Beschwerde der Bewohner der Wilhelmstraße und des Kirchweges wird beschlossen, beim Bezirksamt vorstellig zu werden dahingehend, daß die Regierung Maßnahmen gegen das Zigeunerunwesen trifft.

Baden-Baden.

B. Auch in hiesiger Stadt ist man seit letztem bemüht, einen Preisabbau der wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchsartikel herbeizuführen. Es polizeilich sich dieses in ruhiger Form und in zumteil annehmbarer Weise. Wenn man jedoch die Presse verfolgt — nicht die Hiesige, denn diese will ja Niemanden den Weg weisen — nicht die Hiesige, so findet man, daß es z. B. bei dem Vieh nach Baden, so findet man, daß es z. B. bei dem Vieh in anderen Gegenden spielen geht, während bei uns die Sache nach der Richtung hin sehr haperet. Der Grund, daß wir gerade in der Umgebung und auch in der Stadt eine zumteil sehr rentierende Bauernschaft haben, dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß die Bauern schon vor und erst recht während des Krieges von der Hotelindustrie und der bestehenden Bedarfsverarbeitungsindustrie vertrieben wurden und jeden Preis für erlaubte wie unerlaubte Preisaufschläge erhielten. Und da wird dann der Abbau schwierig. Brauche es doch ein Milchbauer fertig, gerade an dem Tage, an dem die Kommission auf dem Marktause über den Abbau verhandelt, einem seiner Kunden zu erklären, er kann ihm die Milch nicht mehr unter 2.50 M. das Liter liefern. Wie man und wieviel, will ein hiesiger Kuhhalter, der den Grund für sich recht voll nahm, nächstens sogar 5 M. für das Liter verlangen. Offenlich wird der Buhner oder vorher am Frage gepakt. M: Gemäße sind die Verhältnisse jetzt erträglich. Mit Ob ist es sehr faul im Staate. Wenn man im Acher, Bühler usw. Kal sieht, was alles mit der Bahn verfrachtet wird, was alles für Wandel gemacht werden, wie die eine oder andere — — Stelle immer noch ihren unheilvollen Einfluß ausübt, damit die breite Masse des Volkes ja kein Ob und vor allem kein Hiliges Ob bekommt, ist es nicht zu vermindern, wenn mancher bei dem heutigen Obfragen zur Selbsthilfe greift. Die Selbsthilfe könnte sich hier ein Ausmaß des erwerben, indem sie auf den Egoismus und Materialismus der Bauern zu bekämpfen. Aber auch die Beschränkung sollte zugewiesen, indem sie sich nicht bloß dem milden Sämlerium des Bauern macht und die hieser erzielten Handelsverhältnisse durchschlägt. Zu verlangen wäre denn noch, daß energisch darauf gebrungen wird, daß jeder Obst- und Gemüsehändler an der Waren schätzbare Preise andrängt; dadurch wird die Kontrolle erleichtert, die beschlagnahmten Organe sowie das Publikum selber schon von der Straße, was die Ware kostet begn. ob der vereinbarte Preis eingehalten wird.

Wenn nun einige Vertreter der Landwirtschaft bei jener Sitzung auf dem Marktause entgegenhielten, was für Preise für eine Milchgabel oder für Schindeln und Wagner zu zahlen sind, so ist den Herren zuzugeden, daß, wenn sie jede Woche einige Milchgabeln brauchen oder fortlaufend Schindeln und Wagner brauchen zu bezahlen haben, sie auf Grund dieses Materialverbrauchs einen Umkauf und Verdienst haben müßten, der ihnen aber dennoch einen Abbau ermögligt. Jenen aber, die da glauben, man könne auch sofort bei den Böden abbauen, sei zugewiesen: Lassen den Arbeitenden, ob Kopf- oder Handarbeit, die heutigen Löhne und laßt sie sich bei abgebauten Preisen erst einmal gründlich fassen, denn sie haben es alle bitter nötig, um wieder zu Kräften zu kommen, denn ihr Kapital ist ihre Arbeitskraft. Sind die Arbeiter wieder kräftig und mehr leistungsfähig, so kommt das auch der Landwirtschaft zugute. Denkt auch an die Kinder der Arbeiter und nehmt Euch die Quäter zum Vorbild!

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 4. August.

Sozialdemokratischer Verein.

Es sei hiermit nochmals auf die heute abend im Kleinen Festhalleaal stattfindende Fortsetzung der Generalversammlung hingewiesen. Beginn 7/8 Uhr. Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzulegen, da ohne dasselbe kein Eintritt gestattet ist.

Die Ferienpausiergänge beginnen erst morgen Donnerstag. Umständehalber findet der erste Ferienpausiergang nicht heute, sondern morgen Donnerstag statt. Die Eltern werden ersucht, dies berücksichtigen zu wollen und ihre Kinder morgen Donnerstag um 2 Uhr nach den bekannt gegebenen Sammelstellen zu senden.

Zum Nachdenken.

Es war in einer kleinen Fabrik. Die Maschinen klapperten. Die Arbeiter arbeiteten. Rasch und eilig ging die Arbeit vorwärts.

Dann kam die Frühstüdpause. Die Arbeiter setzten sich zusammen, erzählten, lachten, verschlungen in reichlichem Hunger die mitgebrachten Brote.

Der Besitzer der Fabrik ging durch den Arbeitsraum und plauderte mit den Arbeitern, sprach über die Ernährungsfragen und Politik. Er sagte: „Sie haben doch in der Zeitung gelesen...“

Niemand von den Arbeitern hatte das Betreffende in der Zeitung gelesen.

„Es hat doch aber ausdrücklich gleich auf der zweiten Seite gestanden.“

„Kein Mensch wollte verstehen.“

„Lesen Sie denn keine Zeitung?“

„Sie lesen alle die Zeitung, aber keiner hat das gelesen.“

„Welche Zeitung lesen Sie denn?“

„Und nun ergab sich das Unplausible: Die Arbeiter lasen die „Badische Presse“, das Kapitalistenorgan, und der Arbeitgeber den „Volkshilfsfreund“.

Sie hatten die wichtigen Fragen, die die Arbeiterschaft angehen, nicht gelesen, denn die „Badische Presse“ hatte nichts gebracht über die Fragen. Arbeiter aber lesen dieses Blatt.

Und der Arbeitgeber (ein weiser Hase) sagte: „Wenn Sie jemand schlägt, bezahlen Sie ihn auch noch dafür?“

Die Arbeiter lasen da und sagten kein Wort mehr...

Leitung über Beiträge für die Ferienpausiergänge.

Sozialdem. Verein 800 M., Gewerkschaftsliste 300 M., Metallarbeiterverband 200 M., Gemeinde- und Staatsarbeiterverband 50 M., Gen. Rapsel 30 M., Gen. Staatsrat Marum 100 M., verschiedene Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zusammen 87 M., Gen. Adria 10 M., Genoinn Schneider 10 M., Fr. Reich 10 M., zusammen 1087 M., wofür dankend quittiert Frau Stoll, Rudolfstraße 24 IV.

Weitere Gaben werden entgegengenommen: Expedition des „Volkshilfsfreund“, Aufsenstraße 24, sowie bei den Frauen: Stoll, Rudolfstraße 24, Fischer, Morgenstraße 24, Schwarz, Schützenstraße 10, Guntzer, Schillerstraße 25, Grahl, Blumenstraße 8, Herbig, Hofstraße 16, Eckhorn, Durlacherstraße 14.

Zur Frage der ungeteilten Unterrichtszeit.

wird uns noch von einem Hauptlehrer geschrieben: Die Frage der ungeteilten Unterrichtszeit an der Volksschule ist in Karlsruhe durch einen Beschluss des Stadtrats vorläufig erledigt.

Der Stadtrat hat sich im Gegensatz zu den übrigen großen Städten des Landes, veranlaßt durch ein Gutachten des Herrn Stadtschulrates Dr. Paull, gegen die ungeteilte Unterrichtszeit erklärt.

Die Stellungnahme des Stadtschulrates war deshalb überraschend, weil er vor Jahresfrist in einer öffentlichen Versammlung als warmherziger Verteidiger der ungeteilten Unterrichtszeit aufgetreten ist.

Das die frühere Auffassung des Stadtschulrates die höchstförmlichste war, geht neben der Praxis an den Mittelschulen und Volksschulen der übrigen großen Städte des Landes aus einem Gutachten hervor, das der berühmte Hygieniker und Professor Dr. J. Trunz in seinem 1906 erschienenen Buche „Körper- und Geistespflege im schulpflichtigen Kindesalter“ niedergelegt hat.

Er schreibt Seite 29: „Ebenso muß aber auch immer wieder energisch dagegen protestiert werden, daß an unseren Schulen die Mittagspause an manchen Tagen nur zwei Stunden beträgt.“

Es müßte unter allen Umständen möglich gemacht werden, den Kindern eine dreistündige Pause zur Erholung und Verdauung zu verschaffen. Am besten wäre es, den Nachmittagsschulunterricht ganz zu streichen, dagegen den Vormittagsunterricht entsprechend zu verlängern.

Die Erfahrungen, welche man neuerdings mit diesem Einheitsunterricht machte, sind durchgehend sehr gute. Durch Einschaltung von 10-15 Minuten langen Pausen zwischen den einzelnen Arbeitsstunden und einer halbtägigen Pause Mitte Vormittags zu ausgiebiger Bewegung eventuell Einnahme eines frugalen Z. Frühstück wird einer Uebermüdung vorgebeugt.

Der freie Nachmittag und Abend läßt außer zur Anfertigung der Hausaufgaben noch hinlänglich Zeit zum Spazierengehen und Ausübung irgend eines der Gesundheit fördernden Sportes. Nicht nur der Gesundheitsstand, auch die geistigen Leistungen der Schüler werden bei diesem Regime anerkanntermaßen gehoben.“

Das ist die Ansicht aller maßgebenden Hygieniker und es ist auch die des Stadtschulrates Dr. Paull im Jahre 1919 gewesen. Sie deckt sich mit dem gesunden Menschenverstand von 96 Prozent treubeforderter Eltern unserer karlsruher Volksschuljugend wie sich durch Umfrage in einzelnen Klassen ergeben hat.

Die Sorge für das leibliche und geistige Wohl der Kinder bäumt sich dagegen auf, daß sie an manchen Tagen in der Woche von 8-12 Uhr und von 2-5 Uhr bei einer Hitze von 28 Gr. C. im Zimmer, in der Schule sitzen müssen, während die besser ernährte Jugend vor dem Krieg bei 25 Gr. C. Hitzeferien hatte. Man ist offenbar in leitenden Kreisen der Meinung, daß die Fähigkeit, die Hitze zu ertragen, mit der Fähigkeit zu hungern proportional gewachsen ist bei unsern Kindern. Die Hauptfrage ist, daß das 20. Jahrhundert das Jahrhundert des Kindes genannt wird. G.

Sozialdem. Bürgerausschussfraktion. Freitag abend 5 Uhr Fraktionssitzung im Stadtratsgebäudeaal. Vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist unbedingt erforderlich.

Die Weichner- und Inallatourerschule Karlsruhe i. B. hat nach 10monatlicher Dauer ihr Schuljahr geschlossen. Sämtliche Schüler haben sich mit Erfolg der Reifeprüfung an der hiesigen Handwerkskammer unterzogen.

Vom 2.-14. August findet in der Pachtstraße ein Sonder-Casus statt, an dem sich 11 Schüler beteiligen. Der Casus will dem Absolventen der Pachtstraße die Möglichkeit bieten, eine geeignete Stellung in Gaswerken oder ähnlichen Gaswerkbetrieben als Hilfsbeamter oder Gasmeister und dergl. begreifen zu können.

Büchereiers Geschäft auf dem Samiederplatz hat sich, wie uns geschrieben wird, wirklich die Sympathien des karlsruher Publikums erworben, wie es nicht anders zu erwarten war. Das Unternehmen ist aber auch derartig einflussreich und

zeitig, wie wir hier tatsächlich noch keines gesehen haben. Man weiß nicht, wem man den Vorzug geben soll, dem modernen Aufbau, der vornehmen, besetzten Durchführung der Vorstellung oder der Güte des allereinstufigen Programmes, das selbst die größten Unternehmungen hier noch nicht geboten haben. Besonders die Geschwister Wirteneber leisten solch Hervorragendes, daß sie selbst einem Silbernen Schaffer gleichgestellt werden können. Das übrige Programm schließt sich dem gleichwertig an. Tausende und aber Tausende füllen allabendlich den Platz, und wer nicht verjähren will, diese Attraktionen zu sehen, beeile sich, da nur ein kurzes Gastspiel vorgezogen ist.

Das Glücksspielgesetz. Bei den Behörden und dem Publikum besteht vielfach die Annahme, daß nach dem Glücksspielgesetz vom 2. Dezember 1919 Spielclubs und ähnliche Veranstaltungen behördlich erlaubt werden könnten. Um jeden Zweifel zu beseitigen, hat die Regierung Ausführungsbestimmungen erlassen, die seit 1. August 1920 in Kraft sind. Danach kann die behördliche Erlaubnis nur für sogenannte harmlose Glücksspiele, die sich mit geringen Einsätzen schon bisher auf den Jahrmärkten, bei Schützenfesten und behördlich zugelassen waren, erteilt werden. Spielclubs und sonstige Glücksspielveranstaltungen sind von der Zulassung ausgeschlossen. Eine etwa für solche Veranstaltungen bereits erteilte Erlaubnis ist mit dem Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen ohne weiteres hinfällig geworden.

Ein Kaufmann als Betrüger. Ein hiesiger Kaufmann bezahlte einem Schuhmachermeister ein Paket, welches 26 Pfund Zucker enthalten sollte, zu 24 Mk. Da das Paket aber statt Zucker Salz enthielt und der Käufer in dem Kaufvertrag geprellt war, wurde der Kaufmann wegen Betrugs festgenommen.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Fuhrwerk einer hiesigen Güterbahnhöfe erfolgte am 2. d. M. nachmittags an der Ecke der Ertlinger- und Rottelstraße. Die vordere Plattform des Straßenbahnwagens wurde hierbei teilweise eingedrückt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Valuta-Bericht vom 3. August.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 18.70 Cts. Auszahlung Holland notierte 14.85% M per holl. Gulden; Schweiz etwa 7.29 M per schw. Fr.; England etwa 161 M per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3.28 M per franz. Fr.; New York etwa 43 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 4. August 1920.

Vorausprognose bis Donnerstag, 5. August 1920: Zeitweise heiter, zunächst noch geringe Strichregen und vereinzelt Gewitter, warm; später trocken.

Letzte Nachrichten.

Russisch-polnischer Krieg.

Russischer Seeresbericht.

Paris, 3. Aug. Die Agentur Havas verbreitet folgenden bolschewistischen Bericht vom 2. August: In der Gegend von Komza wurden die Ufer des Koba und Karem überschritten. Die Offensive wird erfolgreich fortgesetzt. Im Westen von Wialkoi wurde die Stadt Wolski besetzt, ebenso die Station Walfenach. Vier Armeen wurden erbeutet. Im Norden von Kobra haben die bolschewistischen Truppen den Widerstand des Feindes gebrochen und neues Gebiet erobert.

London, 3. Aug. Ein Moskauer Funkpruch übermittelte folgenden bolschewistischen Seeresbericht: Im Abschnitt von Lomza haben wir diese Stadt besetzt. Südwestlich von Wialkoi haben unsere Truppen nach heftigen Kämpfen den Karem übergeben. Sie legen ihren Vormarsch fort. Nach heftigen Kämpfen haben wir am 1. August Wialkoi erobert. In der Gegend des Elyr sind heftige Kämpfe im Gange. Bei Karnopol haben wir die Polen vom rechten Ufer abgedrängt. Im Abschnitt sind heftige Kämpfe in der Gegend des Flusses Kungstein im Gange.

Kopenhagen, 3. Aug. Einem Telegramm aus Warschau zufolge teilt der polnische Seeresbericht mit, daß die polnischen Abteilungen, unterstützt von den ersten Freiwilligenabteilungen, heftige Angriffe längs des Karem-Flusses abgefangen und dem Feind große Verluste beigebracht haben. In der Gegend von Wrobj nahmen die Kämpfe für die Polen eine günstige Entwicklung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt eine Meldung des Kopenhagener Blattes „Berlinsche Titens“ wieder, daß General Biludski die Oberleitung des polnischen Heeres an die Franzosen abgetreten habe.

Der russische Vormarsch.

Nach Privatmeldungen geht der Vormarsch der russischen Truppen weiter in der Richtung Warschau. Während die Kavallerieabteilungen den Nordflügel der polnischen Verteidigungslinie an der Wisla-Narew erreicht und an einigen Stellen durchbrochen haben, stehen die Truppen der vierten Armee im Kampf gegen die polnischen Nachhut, die hauptsächlich aus polnischer Infanterie bestehen. Da der polnische Nordflügel völlig zerstückelt ist, können die russischen Truppen in zwei Tagen den südlichen Ufer des polnischen Karrens erreichen und damit den Bahnverkehr zwischen Danzig und Warschau sowie gefährden, daß die Polen nicht mehr auf die in Danziger Hafen ankommenen Waffen- und Munitionstransporte der Entente rechnen können. Die Entschlossenheit der Russen, die Polen aus dem Korridor zu vertreiben, wird von russischen Offizieren allgem. betont.

Die letzten Berichte der französischen Mission in Warschau melden, daß die Reorganisation der polnischen Armee zwar Fortschritte mache, daß die militärische Lage aber immer noch hoffnungslos sei.

Die zuverlässigste Stimmung, die sich in Erwartung des Waffenstillstandes bemerkbar zu machen begann, ist einem ersten Versuchismus gewichen. Alle Hoffnungen auf Vereinerung von der Besetzung Warschaws sind geschwunden; „Kurier Wolski“ befürchtet, daß die Sowjetregierung den Abschluß des Waffenstillstandes bis zur Einnahme der polnischen Hauptstadt hinauszuziehen will. Nach angefangenen Funkbrüchen ist die Besetzung Warschaws durch die roten Truppen für den 9. August vorgesehen.

Die Waffenstillstandsverhandlungen ausgelegt.

Nach der „Post“ (Zg.) meldet die polnische Waffenstillstandsdelegation vom 2. August dem polnischen Minister des Auswärtigen aus Moskau, daß der Vertreter des Sowjetkommandos in Warschau sich mitgeteilt habe, daß die Sowjetregierung nicht nur über den Waffenstillstand, sondern auch über den Frieden verhandeln wolle. Diese erzielten Verhandlungen sollen am 4. August in Moskau beginnen. Da die Waffenstillstandsabordnung keine ausreichenden Vollmachten für die Friedensverhandlungen besaß, seien die Sowjetvertreter, man möge die polnischen Vollmachten erweitern, oder mit neuen Vollmachten versehen delegierte werden.

Ein Moskauer Funkpruch meldet, die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgelegt worden. Die polnischen Delegierten kehren nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ermächtigung zu erhalten, nicht nur zur Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufgestellt hat.

Ein revolutionäres Komitee in Polen?

London, 3. Aug. Ein Moskauer Funkpruch meldet die Bildung eines revolutionären Komitees in Polen mit Julius Karlewski als Präsidenten. Dieses Komitee soll sich an die Arbeiter Polens wenden, die zur Erhebung gegen die bürgerliche Regierung Pilsudski aufgefordert werden sollen. (Da die Nachricht von polnischer Seite nicht bestätigt wird, muß sie mit allem Vorbehalt aufgenommen werden.)

Zur Frage der Truppentransporte durch Deutschland.

Den Abendblättern zufolge wünschte eine Kommission der Eisenbahnerorganisation vom Minister Ordner eine Stellungnahme zu den Truppentransporten durch Deutschland. Sie verlangte, daß auch das Auswärtige Amt gegen die Entente truppentransporte protestiere, und daß die Regierung selbst unter Beihilfe der Eisenbahnervereinigungen die Ueberwachung der Bahnstrecken übernehme. Der Minister erklärte wiederholt, daß Deutschland durch gewisse Abmachungen gebunden sei und den Transport von Truppen und Heeresmaterial der Entente nicht ohne weiteres zurückweisen könne.

Konferenz der Ernährungsminister.

Berlin, 3. Aug. Beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat eine Besprechung mit den Ernährungsministern von Bayern, Württemberg und Hessen stattgefunden, die sich auf alle wichtigen Gebiete der Ernährung bezog. Die eingehenden Verhandlungen ergaben den einseitigen Willen, den Abbau der Zwangswirtschaft gemeinsam durchzuführen. Hinsichtlich des Preisregimes herrschte volle Uebereinstimmung dahin, daß die freie Bewirtschaftung und die schärfste Erfassung durchgeführt werden müsse und daß hier keinerlei Ueberlegung getroffen werden darf. Auch für Milch, Futter und inländischen Käse soll keinerlei Uebertragung eintreten. Für Getreide soll die Aufhebung der Bewirtschaftung erfolgen. Ueber die Bewirtschaftung oder die Freigabe der Kartoffeln soll ein Beschluß in der ersten Hälfte des August gefaßt werden. Falls sich eine befriedigende Ernte erwarten läßt, wird die Freigabe als zmedienlich bezeichnet. Die Fleischbewirtschaftung könne im Herbst ihr Ende erreichen. Die Fleischkarte soll sofort aufgehoben und durch die Kundenliste ersetzt werden. Bei den Schlachtviehpreisen wurde eine Ermäßigung von durchschnittlich 40 M für den Dmter Lebendgewicht unter Einführung einer neuen Klasse für geringwertiges Vieh mit einem Preisfuß von 850 M gefordert. Von den Kriegsgesellschaften sollen nur die weiter bestehenden bleiben, welche die Zentralbewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel (Getreide, Milch usw.) ausüben, aber auch innerhalb dieser wird eine mögliche Vereinfachung und Vereinfachung angestrebt.

Schulstreik in Düsseldorf.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Düsseldorf meldet, hat der bereits angekündigte Schulstreik der zu einem Verbande zusammengeschlossenen freien christlichen Vereine gefestigt begonnen. Die Kinder sollen so lange aus den Konfessionsschulen zurückgehalten werden, bis die für die Disidentenfürder vom Kultusminister beschlossenen Einigungsschulen in Angriff genommen worden sind.

Schrittleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kabele; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Neulleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. („Lafalla“) Donnerstag, 5. August, abends 8 Uhr Zusammenkunft bei Mitglied Kerner zur „Platane“, Ecke Ruppurrer- und Weberstraße. 4777

Karlsruhe. (Gesangverein Volkschor Karlsruhe-West.) Am Donnerstag, 5. August, abends 8 Uhr, Zusammenkunft in der „Krone“, Ecke Hardtstraße. Um vollgültiges Erscheinen bitte Der Vorstand. 4776

Karlsruhe. (Gesangverein „Einigkeit“) Donnerstag, den 5. August, abends 8 Uhr, Ausfahrt zum „Scheffelhof“. — Freitag 7/8 Uhr Singstunde in der Schillerstraße. Vollgültiges und pünktliches Erscheinen aller Sänger unbedingt erforderlich. 4775

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Donnerstag, 5. August, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung auf dem Turmplatz. Erscheinen aller Vorortner und Turnwart sowie des Spielausschusses notwendig. 4778

Durlach. (Vejel 3. Arb.-Radfahrer-Verein.) Morgen abend 8 Uhr treffen sich die Bezirksvereine zur Lampionfahrt in Durlach bei Georgenstraße Haber „zum goldenen Mann“ daselbst. Lampion, Aera, und Stock nicht vergessen, sonst mühen der Fahrer. Preis wird um vollgültiges Erscheinen gebitt. 4783

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Theodor Schach von hier, Abfüller hier, mit Katharina Geiger von hier. Julius Wehler von Trieben, Rechtsanwalt hier, mit Dorothee Hemming von Wesselsfeld. Karl Kraft von hier, Werkzeugmacher hier, mit Maria Krieg von Gengenbach.

Geburten. Kamilla Ingeborg, v. Wilh. Fries, Schreibgehilfe, Georg Werner, v. Georg Lub, Maurer. Hermann Karl, v. Hermann Gierich, Druckereiarbeiter. Karl Heinz Ernst, v. Ernst Lippelt, Schreinermeister. Hildegard Verla, v. Bernhard Streck Tagelöhner. Friedrich Ewald, v. Friedrich Zimmermann, Hafnarbeiter. Gertrud Liselotte, v. Eugen Schuppfer, Kaufmann. Gertrud Lina Mathilde, v. Franz Clapper, Kaufmann. Liselotte Margarete, v. Max Kichling, Elektrotechniker. Hans Hermann Karl, v. Hermann Nies, Postbote. Hildegard Maria Elisabeth, v. Bernhard Holz, Kaufmann. Jakob, v. Josef Träger, Bäcker. Liselotte Lisa, v. Eugen Brannath, Schlosser. Walter, v. Franz Vierhaller, Politischer. Verlobt Georg, v. Edmund Fischer, Monteur. Helene Anna, v. Richard Ginzler, Abteilungsvorsteher b. d. Handelskammer. Margarete Anna Beth, v. Karl Herrmann, Kaufmann.

Todesfälle. Adolf Wuse, Chemann, Betriebskauffeher, alt 23 J. Elisabeth Hoppen, alt 23 J., Witwe von Jakob Kopping, Schuhmann. Anna Müldert, alt 30 J., Ehefrau von Valentin Müldert, Hauswart. Hilba, alt 7 Mon., v. Wilh. Kattner, Postbote. Luise Hummel, alt 70 J., Ehefrau von Jakob Hummel, Verkaufshefer a. D. August Heßnermeister, Witwer, Privatmann, alt 83 J. Adolf Wunich, Chemann, Schuhmachermeister, alt 55 J.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 226, gef. 2; Rehl 324, gef. 4; Maxau 405, gef. 6; Mannheim 412, gef. 1 Zentimeter.

